



Foto: Tobias Koch

Im November waren der Scholz-Regierung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ihre Schulden-Trickserien um die Ohren geflogen. Nun steht der Bundeshaushalt für das Jahr 2024 - nach langem Ringen und heftigen Streitereien zwischen den Ampel-Koalitionären. Mit Ausgaben in Höhe von 477 Milliarden Euro ist

er einer der größten Etats in der bundesdeutschen Geschichte.

„Die Ampel gibt Geld aus, wie nie zuvor. (...) Wir sehen eine Beschleunigung der Staatsausgaben, die ist doppelt so hoch wie die Wachstumsraten unserer Volkswirtschaft. Das kann nicht gut gehen“, mahnt der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz.

Trotz Rekordausgaben entpuppt sich der Bundeshaushalt als Flickwerk mit falschen Prioritäten und vermeintlichen Einsparungen, um die „Ampel-Lieblingsprojekte“ zu finanzieren. Gerade in Zeiten von Inflation und einer schrumpfenden Wirtschaft dürfte das vor allem für Bürger und Unternehmer teuer werden: So werden beispielsweise die Lkw-Maut, die Luftverkehrsabgabe und der CO2-Preis erhöht. Steuerbegünstigungen für Agrardiesel sollen schrittweise abgeschafft werden. Zudem wird die Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Speisen im Restaurant zurückgenommen und eine Plastikabgabe eingeführt.

Und: Auch im Bundeshaushalt 2025 droht eine zweistellige Milliardenlücke, weil die Ampel u.a. eine für 2025 geplante Rücklage bereits für den Etat 2024 genutzt hat. Dazu kommt die Kindergrundsicherung, die ab 2025 eingeführt werden soll.

Bezahlkarte für Flüchtlinge

Eine bundesweite Bezahlkarte für Flüchtlinge – das hat der Regierende Bürgermeister Kai Wegner bereits im Oktober vergangenen Jahres gefordert. Im November haben die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundesregierung sie vereinbart, um die irreguläre Migration zu bremsen. Jetzt hat der CDU-geführte Senat beschlossen, dass sich Berlin an dem länderübergreifenden Vergabeverfahren beteiligt. 14 Bundesländer nehmen daran teil. Die übrigen beiden Länder bereiten ihre Vergabeverfahren jeweils in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung der bundeseinheitlichen Mindeststandards vor.

Der Grundgedanke der Bezahlkarte ist, damit wie mit einer EC-Karte einkaufen zu können. Auch der Verwaltungsaufwand, der bis-



Foto: pixabay/grocery-soyduul Uddin

her bei der Bargeldauszahlung für Leistungsempfänger anfällt, wird mit der Bezahlkarte deutlich reduziert werden. „Ich weiß gar nicht, was man gegen eine Bezahlkarte haben kann“, erklärt der Regierende Bürgermeister Kai Wegner. Schließlich sei es mittlerweile Standard, mit einer Karte zu bezahlen.

Bereits vor einer einheitlichen Regelung werden solche Systeme in einzelnen Thüringer Landkreisen aktuell schon eingeführt. Selbst der thüringische Ministerpräsident von der Linkspartei Bodo Ramelow hatte sich zusammen mit den anderen Länderchefs für ein Bezahlkartensystem ausgesprochen.



Foto: pixabay/euro-jakob F

CDU kündigt Reform des Bürgergelds an

„Niemand muss in Deutschland arbeiten“, erklärt der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. „Aber wer Sozialleistungen erhält und arbeiten kann, darf nicht mehr davon ausgehen, dass andere, die jeden Tag hart arbeiten, das bezahlen.“ Soziale Hilfe werde sich mit der CDU wieder auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren, so Linnemann. Mitte März will die CDU ihr Konzept zur Reform des Bürgergelds offiziell vorstellen. Arbeit zu finden – das ist in Zeiten des Fachkräftemangels so leicht wie seit Jahrzehnten nicht. Dennoch belohnt die Ampelkoalition all jene, die partout keine Lust auf Arbeit haben. Um durchschnittlich 12% wurden die Regelsätze

beim Bürgergeld zu Jahresbeginn erneut angehoben. Und weil „Hartz IV“ jetzt „Bürgergeld“ heißt, scheint es gerade so, als handele es sich bei den Sozialhilfen aus Steuermitteln um eine Art „bedingungsloses Grundeinkommen“ für alle. Noch nie war es attraktiver, nichts zu tun. „Wenn wir an der Regierung sind, werden wir als erstes großes Reformpaket das Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen“, kündigt der CDU-Generalsekretär Linnemann an. Die CDU will dabei insbesondere die Sanktionen für Jobverweigerer deutlich verschärfen. Wer sich weigert zu arbeiten, obwohl er könnte, müsse ganz klar mit Sanktionen rechnen, so Linnemann.

Konservative Überzeugungen haben ihren Platz in der CDU

Der Landesvorstand der CDU Berlin hat anlässlich der beschlossenen Gründung einer

„WerteUnion“-Partei einen Abgrenzungsbeschluss gefasst. Dazu sagt die Generalsekretärin der CDU Berlin,

Ottilie Klein: „Der Wettlauf um Positionierung im Rechtsaußen-Bereich – von der AfD über die sogenannte „WerteUnion“ bis hin zu Sarah Wagenknecht – ist zutiefst irritierend. Wir sagen denjenigen, die noch in der „WerteUnion“ sein sollten und zugleich CDU-Mitglied sind: ‚Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, sich zu entscheiden. Konservative Überzeugungen, die



**Landesvorstandsbeschluss:
 Abgrenzung zur „WerteUnion“**

So geht CDU-Politik:

Für Sicherheit und Freiheit mit gut ausgestatteten Sicherheitskräften und einem Verteidigungsetat von mind. 2% des BIP.

Für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze mit den richtigen Entlastungen und Unterstützungen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Leistung muss sich lohnen.

Für Chancen von Anfang an mit einem Kinderzukunftspaket für Familienförderung, frühkindliche Bildung und Gesundheitsversorgung.

Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, damit diejenigen in unser Land kommen, die eine Perspektive haben.

Für mehr bezahlbaren Wohnraum mit schnellerem und günstigerem Bauen durch eine entschlackte Bauordnung, schnellere Genehmigungen und zuverlässigen Förderprogrammen.

sich mit dem christlichen Menschenbild der CDU decken, haben immer ihren Platz in der CDU. Wenn Sie sich für unser Land und unsere Demokratie einsetzen möchten, dann engagieren Sie sich dafür in der CDU und nicht bei denen, deren Geschäftsmodell das Spalten ist.“ Den Beschluss des CDU-Landesvorstandes finden Sie hier.



IMPRESSUM

CDU-Landesverband Berlin
 Steifensandstraße 8, 14057 Berlin;
 Tel.: 030 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin;
 REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein;
 REDAKTION:
 Dirk Reitze (verant.), Janine Remme;
 SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski